



# Einblick

Das Infoblatt der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt



Die Arbeitsgruppe Umwelt in Prag vom 13. bis 14. September 2015



Die Arbeitsgruppen Inneres und Sport sowie Recht, Verfassung und Gleichstellung in Warschau im September 2015



Auswärtiger Fraktionstag im Raum Zeit am 29. September 2015

## Kurz & Knapp



Thomas Leimbach Steffen Rosmeisl

### Prävention und Management invasiver Pflanzen und Tiere verbessern

Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion wurde auf der Landtagssitzung im Oktober ein Beschluss zur Thematik invasive Arten gefasst. Als invasiv bezeichnete Pflanzen und Tiere können sich aggressiv ausbreiten und so dominant werden, dass sie andere Arten be- oder verdrängen und auch den Menschen gefährden. Der Beschluss sieht u. a. vor, dass die Landesregierung ein Konzept zum Umgang mit invasiven Arten in Sachsen-Anhalt erarbeitet. Gleichzeitig soll die Öffentlichkeitsarbeit gestärkt und in Kooperation mit dem Bund insbesondere die Forschung zu Managementmöglichkeiten vorangetrieben werden. Dazu erklärt der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt, **Thomas Leimbach**: „Dem Thema invasiver gebietsfremder Arten muss in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei geht es uns insbesondere um Arten, die nicht nur ökologische Schäden verursachen, sondern auch in hohem Maße Wirtschaftsgütern und der Gesundheit des Menschen schaden. Jährlich werden bis zu 50 Millionen Euro allein für die klinische Behandlung der durch die Beifußambrosie verursachten Allergien ausgegeben. Der sich ausbreitende Bärenklau verursacht u. a. schmerzhafte Hautverletzungen. Der Japanische Staudenknöterich, im 19. Jahrhundert als Zierpflanze im Garten eingeführt, lässt Ufer erodieren und Gewässerunterhaltungskosten steigen.“

„Bei Jagden werden mehr Marderhunde und Minke geschossen, dies verdeutlicht, dass diese Arten hier zunehmend Fuß fassen. Gleichzeitig gefährden Tiere wie der Waschbär oder der Nutria bedrohte Arten, für die wir mit Blick auf den Erhalt der Artenvielfalt eine besondere Verantwortung tragen. In einer globalisierten Welt müssen wir verstärktes Augenmerk darauf legen, invasive Arten einzudämmen“, ergänzt **Steffen Rosmeisl**, Mitglied der Arbeitsgruppe Umwelt der CDU-Landtagsfraktion.

### Zur Auswertung unserer großen Bürgerumfrage „Aufs Maul schauen“

Über 2000 Bürgerinnen und Bürger Sachsens-Anhalts haben sich an unserer großen Umfrage beteiligt, deren Ziel es war, die Menschen noch besser an politischen Entscheidungspro-

zessen zu beteiligen. Wir haben u. a. die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt sowie Einstellungen zu aktuellen politischen Themen erfragt. In der Auswertung kamen wir zu folgenden (ausgewählten) Ergebnissen:

Gut drei Viertel der Befragten leben gern in Sachsen-Anhalt und mehr als 70 Prozent bewerten die Entwicklung des Landes als positiv. Die von den meisten Befragten gewünschte Einführung einer Schuldenbremse zeigt, dass die Haushaltspolitik der CDU-Fraktion richtig ist. Die Menschen begrüßen, ebenso wie unsere Fraktion, eine Asyl- und Flüchtlingspolitik mit Realitätssinn und Augenmaß. 64 Prozent der Befragten sind für eine stärkere Steuerung der Zuwanderung nach Kriterien wie Ausbildung, Sprachkenntnissen oder Alter.



André Schröder bei der Auswertung der Bürgerumfrage „Aufs Maul schauen“

Mehr als die Hälfte der Befragten sprach sich für die Einführung von Grundschulverbänden, als mögliches Mittel gegen drohende Schulschließungen, aus. Unserer Polizei wird eine hohe Professionalität, Vertrauenswürdigkeit und Bürgerfreundlichkeit bescheinigt, ihre Präsenz auf der Straße muss aber noch verstärkt werden.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus der Umfrage stehen den Facharbeitsgruppen der Fraktion für ihre Arbeit zur Verfügung und sollen u. a. in parlamentarischen Initiativen der Fraktion münden. Die komplette Auswertung ist auch auf unserer Homepage [www.cdufraktion.de](http://www.cdufraktion.de) abrufbar.



CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Stand: Oktober 2015

Herausgeber: André Schröder, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Telefon: 0391 5602016, Fax: 0391 5602028  
E-Mail: [presse@cdufraktion.de](mailto:presse@cdufraktion.de)  
[www.cdufraktion.de](http://www.cdufraktion.de)

Fotos: CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und Rayk Weber  
Layout/Druck: Druckhaus SCHLUTIUS GmbH | Telefon 0391 62857-0 | [www.schlutius-magdeburg.de](http://www.schlutius-magdeburg.de)

## 25 Jahre CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

### CDU-Fraktion geht in bewegten Zeiten selbstbewusst ihren Weg

Am 16. Oktober 1990 konstituierte sich die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, zwei Tage nach den Wahlen zum ersten Landtag unseres Landes. Die CDU-Fraktion feiert somit ihren 25. Geburtstag und kann von sich behaupten – trotz ihrer jugendlichen Frische – bewegte Zeiten hinter sich zu haben. 1990 musste aus dem Stegreif gehandelt, das Bundesland Sachsen-Anhalt aufgebaut werden, welches heute, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, viele Erfolge vorweisen kann. Sachsen-Anhalt ging einen spannenden Weg, von der Wiedergeburt zum Zukunftsland, vom Nachbau West hin zu einem eigenen Profil im föderalen System Deutschlands.

Unsere soziale Infrastruktur ist teilweise moderner als in den alten Bundesländern. Unser Land ist zu einer für den Verkehr exzellent erschlossenen Region im Herzen Europas geworden. Gute Infrastrukturen und motivierte Menschen machen Sachsen-Anhalt zu einem attraktiven Investitionsstandort. Nach wie vor gibt es aber auch Probleme. Unsere Wirtschaftsleistung und Steuerkraft sind zwar gewachsen, aber immer noch zu gering. Mit Ablauf der aktuellen Wahlperiode kommt unser Land erstmals gänzlich ohne neue Schulden aus, aber wir stehen noch nicht auf eigenen Füßen.

Neue Herausforderungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik gilt es zu meistern. Wir müssen Fragen nach ‚Wie schaffen wir das?‘ mit Realitätssinn und Augenmaß beantworten.

Die CDU-Landtagsfraktion war von Anfang an dabei und hat mit ihren Entscheidungen unser Land gestaltet. 17 Jahre in der Verantwortung, eine Regierung zu tragen. Für Sachsen-Anhalt können wir feststellen: Die Wiedervereinigung ist gelungen. Die Menschen unserer Nation haben sich gegenseitig beschenkt. Zukunft braucht nicht nur Herkunft, sondern auch im Jetzt gute Bedingungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Uns beschäftigen heute die großen Megatrends, wie z. B. Digitalisierung, Steuerung der Migration oder die Gestaltung der Energiewende. Wir haben bewegte Zeiten hinter uns. Wir bauen den Westen längst nicht mehr nach und werden selbstbewusst unseren eigenen Weg weiter gehen!

Das Leitbild der CDU ist ein modernes, selbstbewusstes und familienfreundliches Sachsen-Anhalt. Ein Zukunftsland im Herzen Europas, das weltoffen ist, Heimat für alle Generationen bietet und auch ländliche Siedlungsstrukturen bewahrt. Der Ministerpräsident hat am 16.10.2015 im Landtag mit seiner Regierungserklärung den Kurs bestimmt. Mit ihm wird auch in Zukunft unser Land auf einem guten Weg bleiben.

### André Schröder

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt



Fraktion  
vor Ort:



Sachsen-Anhalt-Tag in Köthen vom 29. bis 31. Mai 2015



Die beiden Arbeitsgruppen Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und Wissenschaft und Wirtschaft in Brüssel am 8. Juni 2015



Die Arbeitsgruppe Finanzen in Wittenberg vom 11. bis 13. Juni 2015



Pressegespräch am 1. September 2015 zur Veröffentlichung der Wirtschaftsbroschüre



Mediennacht der Fraktion mit MdB Wolfgang Bosbach am 7. September 2015

## Flüchtlingskrise - wie schaffen wir das?

**Wir stehen für eine Asyl- und Flüchtlingspolitik mit Realitätssinn und Augenmaß!**



Die Mitglieder der AG Inneres und Sport

Deutschland ist derzeit das Zielland von Flüchtlingen, die bei uns Sicherheit vor Krieg, Verfolgung, Not oder auch einfach nur ein besseres Leben suchen. Die große Hilfsbereitschaft, die wirtschaftliche Stärke unseres Landes und auch die hohen Unterbringungsstandards und Sozialleistungen sind Gründe, warum viele

der Menschen nach Deutschland wollen. Die zunehmende Intensität der Einreise stellt uns vor enorme Probleme, da wir innerhalb eines kurzen Zeitraumes für eine Vielzahl an Hilfesuchenden menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen müssen.

In den Maßnahmen und Entscheidungen, die derzeit beschlossen und getroffen werden, muss ein Augenmerk darauf liegen, dass wir den Realitätssinn bewahren und nicht durch blinden Optimismus an eben diesem scheitern. Schutzbedürftige gilt es schnell zu identifizieren, anzuerkennen und zu integrieren. Wer nicht schutzbedürftig ist, muss unverzüglich abgelehnt und in seine Heimat rückgeführt werden. Wir müssen hier klar differenzieren, sonst schaden wir der gesellschaftlichen Akzeptanz für die humanitäre Aufnahme von Menschen in Deutschland.

Bündnisgrüne und die LINKEN wollen durch einen Paradigmenwechsel diese Krise wie folgt lösen:

- ein Bleiberecht für alle,
- Freizügigkeit für Asylsuchende in der Europäischen Union, also die freie Wohnortwahl und
- Einstufung der Balkanländer als nicht sichere Herkunftsländer.

Das ist kein Krisenmanagement, sondern linke Utopie.

Die Gebote der Stunde sind: Das Finden von europäischen Lösungen, die Beschleunigung der Asylverfahren einschließlich von Rückführungen, die Schaffung menschenwürdiger Flüchtlingsunterkünfte und die Beseitigung von Fehlanreizen. All das müssen und werden wir auf den Weg bringen.

**Folgendes Sofortmaßnahmenpaket wird auf europäischer Ebene sowie im Bund auf den Weg gebracht:**

- Der Rat der Europäischen Innenminister hat die Vertei-

lung von bis zu 120.000 Flüchtlingen beschlossen. Dies ist der erste Schritt zu einem umfassenden System gesamteuropäischer Solidarität.

- Der Europäische Rat hat beschlossen, dass die sogenannten „Hotspots“ in den EU-Mitgliedsstaaten bis Ende November 2015 eingerichtet sein sollen. Sie sollen die Prüfung der Schutzbedürftigkeit vor der Rückführung oder Verteilung sicherstellen.

- Die EU-Innenminister haben mit ihrem Beschluss zu den sicheren Herkunftsländern einen ersten Schritt hin zu einer grundlegenden Reform der EU-Asylpolitik mit dem Ziel eines einheitlichen EU-Asylrechts gemacht.

- Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsländern bestimmt, um die Asylverfahren weiter zu beschleunigen.

- Um Asylverfahren priorisieren und zügig bearbeiten zu können, werden Asylbewerber verpflichtet, bis zu sechs Monate, solche aus sicheren Herkunftsländern bis zum Abschluss des Verfahrens, in der Erstaufnahmeeinrichtung zu verbleiben.

- Fehlanreize für unberechtigte Asylanträge werden beseitigt:

- Es soll Sachleistungen (auch Wertgutscheine) anstatt Taschengeld in der Erstaufnahmeeinrichtung geben.
- Geldleistungen werden höchstens einen Monat im Voraus ausgezahlt.
- Für vollziehbar Ausreisepflichtige ist die Leistungsgewährung auf die Zeit bis zur Ausreise zu befristen.
- Nimmt der Ausreisepflichtige schuldhaft die Ausreisemöglichkeit nicht wahr, endet sein Anspruch und ihm steht zu seiner umgehend einzuleitenden Ausreise nur noch der allgemeine Anspruch auf das unbedingt Notwendige zu.
- Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, die ab dem 1. September 2015 einen Asylantrag gestellt haben, wird ein Beschäftigungsverbot eingeführt.

- Der Bund verpflichtet sich, die Asylverfahren auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen, die Altfälle abzuwickeln und den Zeitraum zwischen der Registrierung und Antragstellung erheblich zu verkürzen.

- Der Impfschutz für Asylbewerber wird verbessert.

- Asylsuchende, die über eine abgeschlossene Ausbildung in einem medizinischen Heilberuf verfügen, können

in die medizinische Erstversorgung von anderen Asylsuchenden in den Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften eingebunden werden.

- Der Bund öffnet die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und stockt die hierfür vorgesehenen Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf auf.

- Die Strafbarkeit von Schleusern wird verschärft. Künftig gilt für sie eine Mindestfreiheitsstrafe von drei Monaten.

- Bund, Länder und Kommunen werden verstärkt zusammenarbeiten, um bei jeder vollziehbaren Ausreisepflicht zügig die Rückführung zu veranlassen.

### Das machen wir in Sachsen-Anhalt:

- Die Mittel zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation werden in Sachsen-Anhalt auch zukünftig den Kommunen vollständig zur Verfügung gestellt. Andere Bundesländer gehen hier andere Wege.

- Mit dem Nachtragshaushalt und dem Finanzausgleichsgesetz werden in Sachsen-Anhalt die Kommunen weiter entlastet.

- Die Landesregierung hat das Konzept für die Betreuung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen beschlossen. Darin werden die Finanzierung der anstehenden Aufgaben sowie die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge geregelt.

- Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern werden in Sachsen-Anhalt bis zum Ende des Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben und nicht mehr auf die Kommunen verteilt.

- Abschiebungen werden in Sachsen-Anhalt zukünftig grundsätzlich ohne Ankündigung erfolgen. Für die konsequente Durchsetzung von Ausreisepflichten ist dies wichtig, um insbesondere ein temporäres Untertauchen zu verhindern.

- Den Erlass von zeitlich begrenzten Abschiebestopps für die Winterzeit wird es in Sachsen-Anhalt nicht geben.

- Für die Beschleunigung der Asylverfahren wird die gerichtliche Zuständigkeit für Asylverfahren auf beide Verwaltungsgerichte (Magdeburg und Halle) ausgedehnt.

- Für pragmatische Lösungen bei der Flüchtlingsunterbringung wurde in Sachsen-Anhalt die Aussetzung des Vergabegesetzes möglich gemacht.

## Kommunalentlastung



Die Mitglieder der AG Finanzen

Der Landtag hat am 15. Oktober 2015 den Nachtragshaushalt 2015/2016 mit unseren Stimmen beschlossen. Damit werden u.a. zusätzliche Lehrerstellen und Polizisten finanziert und die kommunale

Kostenentlastung im Bereich der Flüchtlingshilfe ermöglicht. In der folgenden Tabelle sind darüber hinaus Mittel dargestellt, die Ihnen helfen sollen, jenseits der Flüchtlingskrise kommunalpolitische Projekte zu gestalten.

Die Kommunalfinanzen bleiben weiterhin für die CDU-Fraktion ein erklärter Schwerpunkt der Parlamentsarbeit. Die CDU möchte Ihnen mit diesem Schreiben zusichern, dass die Kosten zur Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen auf kommunaler Ebene auskömmlich finanziert werden. Wir müssen unsere Städte und Gemeinden so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen und aus eigener Kraft auch Haushaltskonsolidierung betreiben können. Dies wird uns als Parlament unabhängig von den Landtagswahlen weiter beschäftigen.

Im kommenden Jahr wollen wir mit einer Konsolidierung des kommunalen Finanzausgleichs die Auswirkungen der doppischen Haushaltsführung besser berücksichtigen und diejenigen belohnen, die vor Ort Einnahmeverbesserungen erzielen und solide wirtschaften.

|   | 2015          | 2016          |
|---|---------------|---------------|
| Sonderzuweisung Kommunen                                | 25.000.000,00 | 25.000.000,00 |
| Förderung Vereinssportstättenbau                        |               | 6.000.000,00  |
| Förderung der Erwachsenenbildung                        |               | 200.000,00    |
| Förderung des Bundesfreiwilligendienstes 300 Stellen    | 150.000,00    | 900.000,00    |
| Investitionshilfe für finanzschwache Kommunen (Stark V) | 12.300.000,00 |               |